

„Mit Kant gegen den Klimawandel“

Zwei Wochen lang haben in Doha Vertreter von 200 Staaten über ein Abkommen zum Schutz des Klimas verhandelt – ohne sich auf substanzielle Maßnahmen einigen zu können. Der Ökonom und Philosoph **Ottmar Edenhofer** über kollektive Dummheit, kollektive Güter und Wege aus der globalen Blockade Das Gespräch führte Jakob Zanker



Ottmar Edenhofer, geb. 1961, hat Philosophie und Ökonomie studiert. Er ist Chefökonom und stellvertretender Direktor am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, einer der Vorsitzenden der Arbeitsgruppe III des Weltklimarats und Lehrstuhlinhaber für die Ökonomie des Klimawandels an der Technischen Universität Berlin. Darüber hinaus ist er designierter

Direktor des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change sowie Berater der Weltbank in Fragen des Wirtschaftswachstums und des Klimaschutzes

Warum halten sich manche Staaten noch immer in der Klimapolitik zurück? Leugnen sie den Klimawandel und dessen gefährliche Auswirkungen?

Die meisten Staaten räumen heute ein, dass es den vom Menschen mit seinem Treibhausgasausstoß verursachten Klimawandel gibt, und auch, dass er in der zweiten Jahrhunderthälfte erhebliche Auswirkungen auf unsere Zivilisation haben wird. Die Staaten befinden sich aber in einem tragischen Dilemma. Sie haben die Wahl zwischen den gefährlichen Folgen des Klimawandels und den gefährlichen Folgen von Emissionsre-

duktion. Man muss sich vor Augen führen, dass die Nutzung von fossilen Energieträgern historisch einhergeht mit der Überwindung von Armut und dem Erreichen von Wohlstand. Emissionsreduktionen bergen also die Gefahr, Wohlstandswachstum zu verhindern. Die Furcht der Entwicklungs- und Schwellenländer, bei einem Verzicht auf die Nutzung von fossilen Energieträgern auch auf ihre wirtschaftliche Weiterentwicklung verzichten zu müssen, ist groß. Deswegen herrscht dort die Meinung vor: Wir brauchen noch ein wenig mehr Zeit, und dann werden auch wir reduzieren.

Aber haben wir denn diese Zeit?

Nein. Wenn die Menschheit die Risiken eines gefährlichen Klimawandels limitieren will, muss der Deponieraum in der Atmosphäre schon jetzt begrenzt werden. Es dürfen dann nur noch 750 bis 1100 Milliarden Tonnen Kohlendioxid eingelagert werden. Nun ruht aber noch ein Mehrfaches hiervon im Boden, nämlich rund 15 000 Milliarden Tonnen. Die logische Konsequenz daraus ist, dass sich durch Klimapolitik die zukünftigen Einkommen der Besitzer von Kohle, Öl

und Gas drastisch reduzieren werden. Wird ihre Nutzung begrenzt, werden die fossilen Ressourcen entwertet.

Aber die kurzfristigen Vorteile der Nutzung fossiler Energieträger werden doch durch den langfristigen Schaden aufgehoben – für die einzelnen Länder als auch für die Weltgemeinschaft. Warum sind die Staaten denn nicht so vernünftig und nehmen dieses langfristige Denken in ihr Kalkül mit auf?

Natürlich sehen die allermeisten Staaten, dass es für die überwiegende Mehrheit von ihnen vorteilhaft wäre, wenn sie miteinander kooperieren und den Klimawandel bekämpfen würden. Aber selbst wenn sie sich auf einen globalen Klimavertrag einigen könnten, gäbe es einen großen Anreiz, sich als Trittbrettfahrer zu verhalten: Die Regierung, die sich als Trittbrettfahrer verhält, beteiligt sich nicht an den Kosten des Klimaschutzes, hat aber dessen langfristige Vorteile. Dieses Trittbrettfahrerverhalten führt dann dazu, dass die Kooperation zwischen den Staaten zusammenbricht: Aus nationalstaatlicher Schläue wird kollektive Dummheit. Für die

Wirtschaftswissenschaften ist das Trittbrettfahrerproblem ein zentrales Konzept, um die Schwierigkeiten internationaler Klimapolitik zu verstehen. Derjenige, der kooperiert, läuft Gefahr, durch die anderen ausgebeutet zu werden. Wir sprechen hier vom Paradox internationaler Kooperation: Je notwendiger internationale Vereinbarungen sind, desto unwahrscheinlicher ist es, dass sie auch zustande kommen.

Sehen Sie denn eine Möglichkeit, dieses Dilemma zu überwinden?

Zum Modell des Trittbrettfahrers gibt es natürlich auch innerhalb der Wirtschaftswissenschaften eine Gegenbewegung. So zeigen Laborexperimente, dass Menschen sehr viel weniger egoistisch sind, als man in den Standardmodellen angenommen hat. Menschen sind durchaus bereit, unter bestimmten Voraussetzungen zu kooperieren. Wenn einige mit gutem Beispiel vorangehen, sind sie willens, diesem Beispiel zu folgen.

Wie sehen die Rahmenbedingungen aus, die für einzelne Menschen kooperationsfördernd wirken?

Die amerikanische Ökonomin Elinor Ostrom hat in diesem Bereich maßgeblich geforscht und dafür 2009 den Wirtschaftsnobelpreis erhalten. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass Allmenden – sogenannte Gemeinschaftsgüter – unter bestimmten Umständen sehr wohl erfolgreich bewirtschaftet werden können. Wenn Menschen klare Informationen haben, wenn sie sich gegenseitig beobachten können, wenn sie miteinander reden können, wenn sie wissen, wer welche Beiträge liefert, wenn sie sicher sein können, dass die Kooperation fortgesetzt wird, dann bauen sie Vertrauen auf und investieren in Reputation. Im Wesentlichen führen also Transparenz und eine klare Entscheidungsstruktur dazu, dass die Akteure sich nicht wie Egoisten verhalten.

Können Ostroms Erkenntnisse auch für die Bewirtschaftung globaler Gemeinschaftsgüter nützlich sein?

Das ist keineswegs trivial, denn noch ist nicht geklärt, ob diese Erkenntnisse zutreffen, wenn die Anzahl der Akteure größer und die Handlungsketten komplexer werden. Wir haben inzwischen einige vielversprechende Ansätze identifiziert, die helfen könnten, die Kooperation beim Management globaler

Gemeinschaftsgüter zu erhöhen. So können verschiedene Verhandlungsthemen gebündelt werden. Dabei würde dann nicht über das Klimawandelproblem oder über Emissionsreduktion allein verhandelt, sondern auch über einen privilegierten Zugang zu Technologien. Wenn man in einer Koalition der Willigen Technologien teilt, kann das die Koalition sehr wohl stabilisieren. Wichtig schließlich ist die Erkenntnis, dass auch Staaten Akteure sind, die in der internationalen Arena nach Reputation suchen. Im Weltklimarat beobachte ich sehr oft, dass es für China enorm wichtig ist, als moralisch integrierender Akteur wahrgenommen zu werden.

Wenn die Bildung von Allianzen produktiv wirkt, führt das dazu, dass wir langfristig von einem Weltstaat regiert werden?

Das ist eine große Frage, die bisher nicht gelöst ist. Es wird auf jeden Fall darauf hinauslaufen müssen, dass in bestimmten Bereichen so etwas wie „intergouvernementale Akteure“ entstehen. Mit dem Weltklimarat IPCC, dem Intergovernmental Panel on Climate Change, gibt es so etwas ja bereits: eine intergouvernementale Organisation, in die die Nationalstaaten ihre Wissenschaftler entsenden, über den zusammenfassenden Text verhandeln und damit Beschlüsse darüber fassen, wie sie das Klimaproblem und

ebenso auf die nationale und kommunale Ebene setzen und nach Wegen suchen, Top-down- und Bottom-up-Ansätze intelligent miteinander zu verbinden und in einen Lernprozess zu verwickeln. Das Denken in Entweder-oder-Kategorien muss überwunden werden. Wenn es nur die Bewegung von oben nach unten gibt, laufen die Verhandlungen ins Leere, weil sie nicht umgesetzt werden. Und wenn man nur von unten nach oben arbeitet, dann bleibt die Handlung blind, orientierungslos und ineffektiv. Man könnte also fast wie mit Kant sagen: „Internationale Beschlüsse ohne lokale Unterstützung sind leer, lokale Handlungen ohne internationale Koordination sind blind.“

Welche anderen philosophischen Ansätze sind in diesem Zusammenhang wichtig?

Es ist interessant, dass der Topos der Gemeinschaftsgüter ein uralter ist. Die Beschäftigung mit Gemeingütern geht zurück bis zu Thomas von Aquin. In seiner Begründung des Privateigentums ging er davon aus, dass die Erdengüter als Schöpfung Gottes allen Menschen zustehen. Das Privateigentum ist nur dann legitim, wenn es dazu dient, dass die Schöpfung nicht zerstört wird und Güter effizient genutzt werden. Das Privateigentum steht dabei unter Gemeinwohlvorbehalt. Heute wird wegen globaler Umwelt-

„Ein Verständnis von Freiheit, das Gemeinschaftsgüter zerstört, untergräbt die Bedingung der Möglichkeit von Freiheit“

die Optionen zu seiner Lösung wahrnehmen. Eine Weltregierung scheint mir eine noch sehr fernliegende Option.

Wie könnten die intergouvernementalen Strukturen, von denen Sie sprechen, effektiver an den Problemen arbeiten?

Wir sind bislang davon ausgegangen, dass durch internationale Klimaverhandlungen ein Rahmen geschaffen werden muss, der dann für alle verbindlich ist. Man kann das den Top-down-Ansatz nennen, und den haben wir jetzt 20 Jahre lang durchexerziert. Das war die Idee der Klimarahmenkonvention. Das war und ist richtig. Aber wir dürfen nicht allein auf den Erfolg internationaler Klimaverhandlungen hoffen. Wir müssen

probleme und der Nutzung von Wissen der Topos der Gemeingüter wieder diskutiert. Es geht um die Frage, wie Freiheit und Gerechtigkeit unter veränderten Bedingungen gewahrt und ausbalanciert werden können. Viele Menschen befürchten, dass das traditionelle Verständnis von Freiheit, das im Wesentlichen auf Privateigentum und Wettbewerb beruht, die Freiheit gerade untergräbt. Wer den Regenwald abholzt, wer die Atmosphäre übernutzt, wer die Ozeane versauern lässt, wer Wissen monopolisiert, der verspielt die Freiheit und Chancen künftiger Generationen. Ein Verständnis von Freiheit, das Gemeinschaftsgüter zerstört und Kooperation als Zwang begreift, untergräbt die Bedingung der Möglichkeit von Freiheit. —